

Stettiner



Zeitung

105. Jahrgang der „Privilegirten Stettiner Zeitung.“

No. 232.

Abend-

Sonnabend den 19. Mai.

Ausgabe.

1860.

Ämtliche Nachrichten.

Se. Königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Maj. des Königs, Allergnädigst geruht:
Dem Obersten z. D. v. Etern zu Berlin den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Legations-Sekretär bei der Gesandtschaft in Paris, Rittmeister à la suite des 7. Ulanen-Regiments, Prinzen Heinrich VII. Neuf, dem bisherigen Oberlehrer am Gymnasium zu Weblar, Professor Dr. Schirlich, und dem Kreis-Wundarzt Haendel zu Lasdehnen im Kreise Piskallen den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Straf-Anstalts-Aufseher Niska zu Ratibor das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den Kreisgerichts-Rath Hantusch zu Pleschen zum Direktor des Kreisgerichts in Wollstein zu ernennen.

Landtag.

Serrenhaus.

34. Sitzung am 18. Mai.

Gr. J. enlyß motivirt kurz seine bekannte Interpellation wegen Mahnführung der bäuerlichen Nahrungs in den östlichen Provinzen und in Westphalen. Er frage die Staatsregierung, ob und was in der Sache geschehen sei, nachdem das Haus den bezüglichen Beschluß in der vorigen Session gefaßt habe?

Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten Gr. Pückler verliest die Antwort, wie sie im Staatsministerium beraten worden. Die Regierung habe im vorigen Jahre ihre Bereitwilligkeit, dem Antrage nachzukommen, kundgegeben. Durch unausschießbare andere Geschäfte, und namentlich durch die inzwischen eingetretene Mobilmachung, habe sich die Ausführung indessen verzögert. Unterm 20. März d. J. sei von den Ministern für landwirthschaftliche Angelegenheiten und des Innern ein Circular-Erlaß an die Ober-Präsidenten der gedachten 7 Provinzen ergangen, in welchem dieselben aufgefordert werden, durch die Bezirks-Regierungen und Landraths-Aemter die gewünschten Matriceln und Formulare feststellen zu lassen und die alsdann gefertigte Zusammenstellung der gewonnenen Resultate binnen 6 Monaten an die betreffenden Ministerien einzusenden. Wenn diese Frist innegehalten würde, würde die Staatsregierung in der nächsten Session nähere Mittheilung machen können.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist der sechste Bericht der Petitions-Kommission. Bei den bereits besprochenen Petitionen von Kirchenpatronen, Geistlichen etc., daß den Freigeistlichen etc. bis dahin, wo sie sich als wirkliche Religions-Gesellschaften ausgewiesen haben werden, die Rechte von solchen, insonderheit das Recht, ihre Kinder dem in der öffentlichen Elementarschule erteilten Religions-Unterrichte zu entziehen, nicht zugestanden werden könne, beantragt die Kommission aus den früher getheilten Erwägungen Tagesordnung. Die Herren Stahl und Genossen beantragen dagegen, die Petitionen der Staats-Regierung zur Abhilfe zu überweisen.

Der Antrag der Kommission auf Tagesordnung wird darauf abgelehnt (dafür nur circa 10 Mitglieder) und der Stabische Antrag angenommen.

Es folgt die Berathung der Petition des Trainers James Hart, der „ein gefeßliches Strafverfahren gegen den Landstallmeister von dem Brinden“ (wegen Unterschlagung) beantragt. Petent ist auf die gegen den von dem Brinden eingereichte Denunciation sofort vom Minister Grafen Pückler entlassen, in einem Verleumdungsprozeß aber freigesprochen; nach Erklärung der Regierung haben angestellte Ermittlungen nichts ergeben, was eine Untersuchung gegen den von dem Brinden rechtfertigen könnte; in dieser Erklärung hat die Kommission eine „genügende aktenmäßige Aufklärung nicht gefunden“ und beantragt Ueberweisung der Petition an die Regierung zur Berücksichtigung.

Nach einer vom Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten Graf Pückler gegebenen Aufklärung wird die Tagesordnung angenommen.

Deutschland.

Berlin, 19. Mai. Gegen die bereits erwähnten Intentionen Russlands in der orientalischen Frage hat der englische Gesandte in Petersburg, Crampton, Verwahrung eingelegt. Diese Verwahrung gründete sich, wie den „Hamb. Nachr.“ von hier gemeldet wird, darauf, daß die Wichtigkeit der von Gortschakow angeführten Thatsachen bestritten, und geltend gemacht wurde, daß die englischen Berichte anders lauten.

— Befehlt von dem Wunsche, die Einheit Deutschlands auf dem Gebiete des Rechtes nach Kräften fördern zu helfen, hat die „Juristische Gesellschaft“ in Berlin beschlossen, einen deutschen Juristentag auszuschreiben und jährlich wiederkehrende Versammlungen von deutschen Rechtsverständigen anzubahnen. Sie hat eine Kommission mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. In Folge dessen hat diese eine vorläufige Ordnung für den deutschen Juristentag entworfen, welche, bis zur ersten Versammlung maßgebend, dieser zur Beschlußnahme unterbreitet werden wird. Der erste deutsche Juristentag wird am 28., 29. und 30. August d. J. in Berlin stattfinden.

— Nach Mittheilungen der E. Z. hat der französische Gesandte Graf Persigny am 12. d. M. bei der Königin von England eine Audienz gehabt. Die Königin fragte ihn nach der Stellung Frankreichs zu Deutschland. Persigny antwortete, man sehe in Paris voraus, daß die jetzige Bewegung Deutschlands diesem eine neue politische Gestalt geben werde. Frankreich, dessen Aufgabe Versöhnung der Fürsten und ihrer Völker (!) sei, werde sich in jene Bewegung nicht mischen, so lange sie eine rein nationale bliebe; hätte sie jedoch ein Ergebnis, wodurch das Europäische Gleichgewicht verändert würde, so sei es Europäische Pflicht, für dessen Aufrechterhaltung Sorge zu tragen, d. i. sich in die deutschen Angelegenheiten einzumischen.

— Aus Frankfurt a. M., 17. d., wird gemeldet: Sicherem Vernehmen nach ist eine Erhöhung des Friedensstandes der Reiterei der Bundeskontingente beantragt, und die Sache liegt so, daß die Erhebung dieses Antrags zum Bundesbeschluß nicht mehr zweifelhaft ist.

— Unter einem immensen Andrang von Zuhörern fand gestern gegen 2 Uhr die Publikation des Urtheils in dem Stieber'schen Prozesse statt. Dasselbe lautete dahin: daß beide Angeklagte des Amts-Mißbrauchs für nicht schuldig zu erklären. Der Präsident begann die Begründung dieses Urtheils mit der Bemerkung, daß sämtliche für die Schuld des Angeklagten aufgestellten Beweise vollständig gescheitert seien. Demnach auf die einzelnen Fälle eingehend, führte er aus, daß Wisodl's Verhaftung vollständig gerechtfertigt gewesen, weil eine causa criminalis vorgelegen habe, wie das später ergangene Erkenntniß beweise. Abgesehen von den Widersprüchen, in welche Wisodl sich verwickelt, sei er als bestrafte Mensch kein glaubwürdiger Zeuge, auf seine Aussage also keine Rücksicht zu nehmen. Sei hiernach Tichy nicht für schuldig zu befinden, so falle Stieber's Schuld selbstverständlich fort, gegen den auch die anderen Zeugen etwas Belastendes nicht ausgesagt hätten. Auch in dem Goldberger'schen Falle sei die inkriminirte Mithigung nicht bewiesen, Goldberg habe sich als ein vollständig ungläubwürdiger Zeuge charakterisirt und Fürstenberg sei ebenfalls nicht zu den klaffischen Zeugen zu rechnen. Beide hätten Dinge verschwiegen, deren sie in der Audienz-Verhandlung durch andere Beweismittel überführt seien. Endlich sei in dem Wagner'schen Falle die Schuld des Stieber ebenfalls nicht festgestellt. Der Hauptbelastungszeuge Wagner sei erwiesenermaßen auf höheren Befehl verhaftet und über die Verhaftung des Aßch habe Stieber seiner Behörde einen weitläufigen Bericht erstattet, was er gewiß nicht gethan, wenn ein Amtsmissbrauch vorgelegen hätte.

Bonn, 17. Mai. Aus einem von dem geschäftsführenden Ausschuss erlassenen neuen Aufruf, den wir später mittheilen werden, ergibt sich, daß bis jetzt für das Arndt-Denkmal 25,000 Thlr. eingegangen, daß aber mindestens 40,000 Thlr. erforderlich sind, um der Wittve den unverkümmerten Genuß der altgewohnten Behausung zu sichern.

Aus Schleswig, 13. Mai. Gegen die Mitglieder der Schleswigschen Ständeversammlung hat man, trotz des famosen Ministerial-Rescripts vom 25. März, von weiteren Untersuchungen und Verfolgungen wegen Verbreitung des bekannten Adress-Entwurfs Abstand nehmen müssen. Der einzige, gegen den man eine formelle Anklage erhoben hatte, Hinrichsen aus Meyn, ist, und zwar nicht ohne spezielle Befehung von Kopenhagen, freigesprochen worden, wobei man indessen natürlich nicht verfehlt hat, ihm die ziemlich bedeutenden Kosten zur Last zu legen. Der Grund, weshalb die Regierung sich nicht getraut hat, gegen die Mitglieder der Ständeversammlung weiter vorzugehen, ist, daß England in letzter Zeit wiederholt ernste Vorstellungen wegen des Regiments in Schleswig gemacht hat, und man deshalb wohl weiteren Elat zu vermeiden sucht. Desto brutaler tritt man gegen die schlichten Leute auf, welche sich haben beikommen lassen, Petitionen an die Ständeversammlung zu richten. Nicht genug, daß man ihnen dies selbst zum Verbrechen anrechnet, hat man auch denjenigen, die an der politischen Erhebung von 1848 sich betheilig haben, von Gerichten wegen die Anzeige gemacht, daß die ihnen 1850 ertheilte Amnestie nunmehr, wegen der von ihnen eingereichten Petitionen, als verwirrt angesehen werde, und daß sie demgemäß wegen ihrer Betheiligung an der Erhebung von 1848 peinlich angeklagt werden würden.

Meiningen, 16. Mai. Gestern starb hier Ludwig Beckstein. Er war am 24. November 1801 in Weimar geboren.

Oestreich.

Wien, 15. Mai. Den Ministergerüchten wird heute widersprochen. Graf Thun habe einigen Konzessionen in Betreff des Protokollengesetzes für Ungarn seine Zustimmung gegeben und der Konflikt sei applanirt. Von anderer Seite wird der Reichrath Frhr. v. Baumgartner als Kandidat des Portefeuilles für das Unterrichtsministerium genannt.

Italien.

Nizza, 10. Mai. Auch in der Stadt Nizza regt sich wieder der Oppositionsgeist gegen den gewaltsam aufgedrungenen Zu-

stand. Namentlich ist hierzu die Protestation gegen die Gültigkeit der „Volks-Abstimmung“ ein merkwürdiger Beleg. Man ist jedoch mit der Einsammlung von Unterschriften zu dieser Verwahrung höchst vorsichtig, denn die französischen Agenten bieten Alles auf, um Kolporteurs und Unterzeichner einzuschüchtern oder zu bedrohen. Deshalb ist der Text dieses Aktenstückes auch noch nicht veröffentlicht worden. Die bedeutendsten Stellen lauten darin:

„Es ist ein schreiender Gewaltakt,“ beginnt der Protest an das Parlament in Turin, „ein Menschenverkauf, ein abscheulicher Länderhandel, diese sogenannte „Annexion“ Nizza! Seit der Zerstückelung Polens durch eine barbarische Macht ist ein ähnliches politisches Verbrechen nicht mehr begangen worden. In Polen wie in Nizza gingen der Katastrophe die gleichen schmachvollen Symptome voraus. Man bestach durch Geld, Aemter, Versprechungen aller Art! Dort wie hier besetzten fremde oder verrätherische Beamte die Stellen der Patrioten, fremde Truppen und Polizei-Agenten überschwemmten das Land, jeden Augenblick bereit, sein gutes Recht im Blute der patriotischen Bürger zu erstickern! Europa sah damals wie heute dem Länderraub theilnahmlos zu. Im Namen des Völkerrechts, im Namen der zu Recht bestehenden Verträge, die uns mit dem Hause Savoyen verbinden, bitten wir das Parlament: eine außerordentliche Kommission nach Nizza zu schicken, welche die Abstimmungs-Umtriebe und Bestechungen untersuchen, die Schuldigen zur Verantwortung ziehen und den ganzen terroristischen Wahlsakt für ungültig erklären soll! Zur Erfüllung dieser Bitte verpflichtet das Parlament die konstitutionellen Landesgesetze, der politische Ruf Italiens, die eigene Ehre und Würde, so wie das gute, unantastbare Recht Nizzas! „Ja“, schließt dieser merkwürdige Protest einer Anzahl tapferer Nizzarden, welche wenigstens mit Ehren fallen wollen, „wir wollen über die uns vorgelegte Annexionsfrage abstimmen, aber wohl verstanden: ohne französische Regierungs-Kommissare, ohne französische Polizei-Agenten, ohne französisch gesinnte vaterlandsverrätherische Gouverneure und Municipal-Beamte und ohne französische Bayonnette! Wenn dieser Apparat des niederträchtigsten Terrorismus entfernt wird, so kann der Volkswille Nizzas keinen Augenblick zweifelhaft sein! Es lebe Italien! Es lebe das italienische Nizza!“

— Garibaldi hat folgendes Schreiben an einen Freund gerichtet:

Genua, 4. Mai. Lieber Freund! Am Tage, wo Du dieses Schreiben erhältst, bin ich weit im Meere. Die sicilianische Erhebung trägt die Gesetze unserer Nationalität in ihrem Schoße. Ich gehe, um ihr Schicksal zu theilen; ich werde mich wieder auf meinem Boden fühlen und meine Thätigkeit dem Dienste einer großen Idee weihen. Es bedurfte nicht weniger, um meinen Muth inmitten der mir zu Theil gewordenen Enttäuschungen wieder aufzurichten. Man schreie nicht über Unvorsichtigkeit; man warte! Ich bin voll Hoffnung und Vertrauen. Unsere Sache ist eine edle, eine große, die Einheit Italiens, unser theuerster Traum, das Bestreben unseres ganzen Lebens; möge uns ein günstiger Wind wehen. Castiglia und mein Sohn sind mit mir und küssen Dich. Du bist unter der sehr kleinen Anzahl von Freunden, welchen ich die Hand drücken und vor meiner Abreise Lebewohl sagen wollte. Ganz der Deine Garibaldi.

Frankreich.

Paris, 16. Mai. Die italienischen Nachrichten kamen heute massenweise hier an. Ihr Eindruck auf die kaufmännische Welt war ein äußerst niedererschlagender und die Börse begrüßte die ersten Erfolge der Expedition Garibaldi's mit einem Weichen der Rente um 3/4 Fr. Man fürchtet den Ausbruch eines neuen Krieges in Italien und sieht die Verlegenheiten der Diplomatie besonders für den Fall voraus, daß der neapolitanische Thron frei wird. Eine Annexion des Festlandes an Piemont ist bisher noch undenkbar und würde bedeutend dadurch erschwert werden, daß Frankreich neue Entschädigungen verlangen und England dieselben gegen Sicilien vielleicht gewähren würde. Diplomatische Berichte aus Turin, die nachträglich hier einlaufen, berichten, daß die Beziehungen zwischen Turin und Neapel bereits seit vierzehn Tagen äußerst feindselig wären. Der Bruch Sardiniens mit dem Süden ist gerade so vorbereitet worden, wie im vorigen Jahre der mit dem Norden. Der Papst mit dem französischen General soll jetzt der herausfordernde Theil sein und ein Angriffsplan Lamoricières das Borrücken der piemontesischen Truppen erklären. Alles dies ist an der immer reifer gewordenen Ueberzeugung von der gänzlichen Widerstands-Unfähigkeit Oestreichs gereift, und gerade in diesen Tagen sind über die finanziellen Unordnungen Oestreichs so merkwürdige Nachrichten hier eingetroffen, daß für die Angreifer keine Ursache zum Nachgeben da ist. Ueber die Annäherung Frankreichs an England in der süditalienischen Angelegenheit habe ich zwar noch keine näheren Details, aber die vollständige Umwandlung in den offiziellen französischen Organen scheint die Thatsache selbst vollkommen zu bestätigen. Angesichts der jetzt von Lord John Russell zugestandenen Thatsache, daß Russland die orientalische Angelegenheit wieder vor eine Konferenz bringen will, erregt

